

# Marzahn- Hellersdorf *links*

30. Jahrgang / Mai 2020

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf · Informationsblatt

## Gedenken anders II

Post von der LINKEN erhalten in der ersten Maiwoche die Berliner Botschaften von Russland, Belarusland, der Ukraine, den USA, von Großbritannien und Frankreich. Vertreter dieser Botschaften waren zum traditionellen Gedenken am 21. April am »Haus der Befreiung« in der Landsberger Allee 563 eingeladen gewesen - 75 Jahre nach dem Sieg der Antihitlerkoalition. Aber coronabedingt musste dieses Gedenken leider abgesagt werden - zumindest in seiner gewohnten Form.

Und dennoch: Im Verlaufe des Tages, Stunde um Stunde, kamen viele Mitglieder der LINKEN und Parteilose, unter ihnen Mitglieder der VVN-BdA. Allein oder zu zweit legten sie Blumen nieder an dem Haus, das als erstes Gebäude im heutigen Berlin von der Roten Armee erreicht worden war, und verharren im stillen Gedenken. Auf einem großen Transparent, das wir anfertigen ließen, war als Mahnung zu lesen: »Nie wieder Krieg - Nie wieder Faschismus!«. Es wurde eine besondere, bewegende Episode in der antifaschistischen Gedenkkultur in unserem Bezirk.

Darüber schrieb ich im Namen des LINKEN-Bezirksvorstandes den eingeladenen Botschaften: »Wir sind uns der großen Opfer bewusst, die Ihr Land für die Befreiung Europas gebracht hat. Sie bleiben uns unvergessen. Wir ehren die Befreier, indem wir uns in unserem täglichen Wirken von den Prinzipien der Antihitlerkoalition leiten lassen und uns für eine Welt in Frieden und Freiheit, für eine Welt ohne Unterdrückung, Rassismus und Antisemitismus einsetzen. (...) Wir wünschen Ihnen alles Gute, vor allem Gesundheit - bis zu einem möglichen Wiedersehen am 21. April 2021!«

MARINA RICHTER-KASTSCHAJEWA  
Stellvertretende Bezirksvorsitzende



75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

### Nie wieder Krieg. Nie wieder Faschismus.

Der zweite Weltkrieg forderte 65 Millionen Opfer. Mit dem Angriff der deutschen Wehrmacht auf Polen begann ein Krieg, der Europa sowie Schauplätze weltweit in Trümmerfelder verwandelte und unbeschreibliches Leid über die Menschen brachte.

Am 8. Mai 1945 trat die bedingungslose Kapitulation in Kraft. Mit ihr endete die Shoah, also der Genozid an den europäischen Jüdinnen und Juden sowie der Porajmos, der Genozid an den Sinti und Roma. Ebenso endete die systematische Ermordung von Menschen mit Behinderung sowie die Verfolgung und Ermordung von Andersdenkenden wie Sozialist\*innen, Kommunist\*innen, Gewerkschafter\*innen, antifaschistischen Widerstandskämpfer\*innen und widerständigen Geistlichen sowie der Zeugen Jehovas.

Wir danken und ehren alle diejenigen, die Widerstand leisteten, sich auflehnten, nicht verstummten und Verfolgten halfen. Wir gedenken der Menschen, die dafür ihr Leben gaben. Wir ehren die Befreierinnen und Befreier vom Faschismus und die Mutigen, die der Barbarei im Kleinen wie im Großen widerstanden haben. Den größten Blutzoll für die Befreiung vom Faschismus zahlte die Rote Armee. Wir danken ihr und den alliierten

Armeen, die auch Berlin vom Faschismus befreiten.

Der 8. Mai ist für uns Mahnung und Verpflichtung zugleich: Frieden und Demokratie sind keine Selbstverständlichkeit. Es ist unser aller Aufgabe weiter wachsam zu bleiben und uns jeglicher Form von Antisemitismus, Rassismus und Antiziganismus entgegenzustellen. Der Schwur von Buchenwald bleibt aktuell: »Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.«

Der 75. Jahrestag der Befreiung ist in Berlin ein Feiertag. Aufgrund der Corona-Krise wird das Gedenken in diesem Jahr anders sein. Wir bitten Euch: Macht Spaziergänge zu Orten des Erinnerns und haltet dort inne. Lasst uns das Gedenken trotzdem sichtbar machen. Erzählt es weiter, macht Fotos und postet es in den sozialen Netzwerken unter dem Hashtag #75JahreBefreiung.

Gegen das Vergessen.  
Für Frieden und Demokratie.  
Für Antifaschismus.

[www.dielinke.berlin/befreiung](http://www.dielinke.berlin/befreiung)



Fotos auf dieser Seite: G. Brozek, L. Henske, A. Mewes, M. Richter-Kastschajewa, privat



## Was gibt's sonst noch?

**Seite 2:** Aus der Corona-Krise lernen?

/ Eine (fast) vergessene Gewerkschafterin / Häusliche Pflege

**Seite 3:** Petra Pau: Alternative: digital?! / Bezirksvorstand / Danke heißt mehr Gehalt!

**Seite 4:** ÖPNV - Verlierer? / Gedenken anders III / Solidarischer Gruß

**Seite 5:** Erfahrungsberichte aus Corona-Zeiten

**Seite 6:** Termine / Hinten links: Arbeit und Frieden

**Die Innenseiten I und II:**

Aus der BVV-Linksfraktion:

- BVV fährt Betrieb wieder hoch / Grundsicherung / Schwimmhalle
- Kinderbetreuung keine Privatsache / Haushaltspolitische Grundsätze

**Einleger:** Vier Extra-Seiten Biesdorf



## Aus der Corona-Krise lernen?

**W**eltweit ergingen drastische Maßnahmen, um die Ausbreitung von COVID-19 einzudämmen, mit unterschiedlichem Erfolg. Sucht man nach Positivem aus der Krise, schaut man auf Satellitenaufnahmen, die einen deutlichen Rückgang etwa von Stickstoffemissionen über China und Italien zeigen. Und in Deutschland können zwischen 30 und 100 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> durch „Corona“ eingespart werden. Auch Strände und Gewässer in Gebieten des Massentourismus sind sauber wie lange nicht. Das ist alles nur eine Momentaufnahme. Doch in einer Krisenzeit zeigt sich, dass der Staat unter Einbeziehung wissenschaftlichen Sachverständes durchaus in den scheinbar übermächtigen Kapitalismus eingreifen kann. Zugleich werden für eine breite Mehrheit die Grenzen dieser Wirtschaftsordnung deutlich. Die Auslagerung der Produktion wichtiger sicherheits- bzw. gesundheitsrelevanter Produkte im Rahmen der „Globalisierung“, wie beispielsweise Schutzbekleidung, Schutzmasken, aber auch bestimmter Medikamente, die nach China und in andere Länder „outgesourct“ wurden, wird von vielen im Nachhinein kritisiert.

Lebenswichtige Dinge müssen wieder vor Ort, wenigstens auf nationaler Ebene produziert werden, ein Know-How-Transfer ist hingegen sinnvoll. Generell geht es um eine Re-Regionalisierung von Wirtschafts- und Stoffkreisläufen. Das heißt, alles was vor Ort produziert werden kann, sollte auch weitestgehend vor Ort hergestellt werden können. Mut machen Aktionen der Selbsthilfe in diesen Zeiten. Nach der Krise kann und sollte man hieraus lernen. Wirtschaftliche Strukturen müssten sich mehr am Beitrag zur Versorgung beziehungsweise zur Daseinsvorsorge messen lassen. Lokale Märkte erhielten eine stärkere Bedeutung, ebenso die Selbstversorgung. Eines wird auch nach Corona deutlich werden: Ökonomie und Ökologie (im Sinne eines ressourcenschonenden Umgangs mit der Natur und eines klimaschonenden Wirtschaftens) kann man verantwortbar nur noch miteinander und nicht gegeneinander denken. Das wäre zumindest eine Vision.

FRANK BEIERSDORFF  
Umweltpolitischer Sprecher  
der Linksfraktion Marzahn-Hellersdorf

## Die (fast) vergessene Gewerkschafterin

1. Mai - Tag der Arbeiterinnen! Die Biographie „Frau Berlin“ erinnert an die Gewerkschaftsvorsitzende Paula Thiede (1870 - 1919).

Denkt man an die proletarische Frauenbewegung des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts, fallen Namen wie Clara Zetkin oder Rosa Luxemburg. Sie waren zweifelsohne großartige Vertreterinnen sozialistischer Kämpfe, stammten allerdings aus (eher) bürgerlichen Verhältnissen und konnten auch Dank ihres Hauspersonals ihrer politischen Arbeit nachgehen. Seltener hört man von den Arbeiterinnen selbst. Das mag kaum überraschen: Eine Sechs-Tage-Arbeitswoche mit 10-Stunden-Schichten plus Hausarbeit und Kinderbetreuung ließ den meisten Frauen wenig Zeit zum Schreiben oder für öffentliche Reden.

Pauline Berlin (später Paula Thiede) war eine dieser Frauen: Geboren 1870, wuchs sie im alten Berlin im Kaiserreich am Halleschen Tor auf und begann mit 14 Jahren als Anlegerin im Buchdruck zu arbeiten. Mit 20 bekam sie ihr erstes Kind, ein Jahr später folgte das zweite. Nach dem Tod ihres Mannes stand Pauline allein mit ihren beiden Kindern und ohne Einkommen da. „Keine Versicherung, keine Unterstützung einer Gewerkschaft und erst recht keine staatliche Fürsorge sprang ein.“ So fasst Uwe Fuhrmann, Autor der Biographie „Frau Berlin“, die damalige Situation der jungen Frau zusammen.

Paula Thiedes Situation war sinnbildlich für die der Arbeiterinnen jener Zeit und doch ging sie einen anderen, außergewöhnlichen Weg: Sie wurde die erste weibliche Vorsitzende einer deutschen Gewerkschaft im Buchdruck, die für alle Ge-

schlechter offen war. Thiede, die für ihren fairen und sozialen Führungsstil bekannt war, sagte einmal: „[Bessere Löhne] bedeuten bessere Lebenshaltung und bessere Gesundheit; kürzere Arbeitszeit fördert das Wohlergehen, bringt Sonnenschein und Glück.“



„Frau Berlin“. Titel des Buches über Paula Thiede“. In Berlin gibt es das Paula-Thiede-Ufer. Die Gewerkschaft ver.di hat dort ihren Sitz.

In der Biographie beschrieben sind auch die Herausforderungen und Probleme, auf die Thiede in den ersten Jahren ihrer Arbeit traf – als Vorsitzende, die verschiedene Positionen vereinen musste und als Frau, die von einigen Männern argwöhnisch betrachtet wurde und so mancher Intrige ausgesetzt war. Ausführlich benannt werden auch die innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen sowie die erfolgreichen Arbeitskämpfe, wie z.B. die Wöchnerinnenunterstützung, eine für damalige Verhältnisse einzigartige Errungenschaft für Mütter.

Eine lesenswerte Biographie über eine bemerkenswerte Frau, über die wir viel zu selten etwas hören: Uwe Fuhrmann (2019): „Frau Berlin“ - Paula Thiede (1870-1919). Vom Arbeiterkind zur Gewerkschaftsvorsitzenden

MAGDA ALBRECHT

## Aus den Siedlungsgebieten: Häusliche Pflege rund um die Uhr!

**I**n den letzten Wochen und Tagen rückten auf Grund der Pandemie die Menschen, die in der Gesundheitswirtschaft arbeiten, zu Recht in den Mittelpunkt der medialen Berichterstattung. Dabei wurde deutlich, dass hier vor allem Frauen in den Krankenhäusern und Pflegestationen ihre „Frau stehen“. Bei der Bezahlung und sozialen Versorgung sieht es hier leider nicht so gut aus.

Erst jetzt, da der Bedarf an Pflegeleistungen eine solche gesellschaftliche Relevanz erhält, wurde deutlich, was hier an wichtiger Arbeit geleistet wird. Die Pflege und Teilhabe Älterer am gesellschaftlichen Leben setzt ein sozialpolitisches Handeln voraus, das die verschiedenen Interessen und Bedürfnisse berücksichtigt.

In Marzahn-Hellersdorf wird dieser Grundsatz in der Altenplanung gemeinsam mit dem Seniorenbeirat umgesetzt. Ein wichtiger Partner befindet sich mit der häuslichen Krankenpflege Meißner & Walter GmbH in Alt-Biesdorf. Seit dem 1. Februar 1991 gibt es das Unternehmen am jetzigen Standort. Es leistet seitdem einen wichtigen Beitrag zur medizinisch-pflegerischen Versorgung. Wie die Vertreter der Firma während eines Fachtages 2019 zur Pflege im Bezirk berichteten, versuchen sie, jeden Menschen als Persönlichkeit in seinem eigenen sozialen Umfeld zu betrachten. Dabei bleibt den Mitarbeiterinnen der Firma oft viel zu wenig Zeit, um sich den zu Pflegenden zu öffnen und mit ihnen länger reden zu können.

Die häusliche Krankenpflege beinhaltet die Grundpflege, die Behandlungspflege und die hauswirtschaftliche Versorgung. Die Voraussetzungen für die Kostenübernahme sind, dass der Patient die notwendigen Pflegemaßnahmen nicht selbst leisten kann, aber auch keine andere im Haushalt lebende Person diese übernehmen kann. Der private Pflegedienst hat Mitarbeiterinnen im Außendienst, die Geschäftsführung, eine Pflegedienstleitung, eine Qualitätsbeauftragte, Sachbearbeiterinnen und Sozialarbeiterinnen.

Die Struktur dieses Biesdorfer Unternehmens finden wir sicher auch bei den Pflegediensten der Arbeiterwohlfahrt oder der Volkssolidarität. Es ist ein Beispiel in unserer „Gesundheitswirtschaft“, das auch im demografischen Wandel Marzahn-Hellersdorfs einen Beitrag zum Leben im Alter leistet. Hinter dem Biesdorfer Unternehmen stehen die vielen Mitarbeiterinnen vor Ort, die Tag und Nacht zum Wohle der Patienten tätig sind.

Ihnen möchte ich für ihre so wichtige Arbeit herzlich danken. Zu Recht wird an dieser Stelle bemerkt, dass eine bessere und angemessene Bezahlung wichtiger wäre.

Dafür setze ich mich ein!

KLAUS-JÜRGEN DAHLER  
Bezirksverordneter

## Petra Pau (MdB): Alternative: digital?!

**P**ersönliche Kontakte meiden! Das ist eines der Gebote in Corona-Zeiten. Ich halte mich daran. Trotzdem geht das Leben weiter, auch mein politisches als Marzahn-Hellersdorfer MdB und zudem Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages. Nur anders als gewohnt. Absprachen und Beratungen, normalerweise Aug in Aug, fanden und finden derzeit per Video- und Telefonkonferenzen statt. An manchen Tagen hatte ich so mein Handy fünf bis sechs Stunden am Ohr. Telefon-Unternehmen dürfte das ob klingender Münze freuen. Natürlich war ich auch vordem längst bei digitalen Netzwerken, wie twitter, facebook, instagram oder youtube präsent. Aber nunmehr sind das nahezu die einzigen Möglichkeiten



Zeichnung: Klaus Stuttmann

miteinander ins Gespräch zu kommen und sich einzumischen. Ergo habe ich die Zahl der Videos und Audios erhöht, mit denen ich Themen anstoße oder mein Kontra einbringe. Übrigens dank der technischen Hilfe von Philipp Müller aus unserem Bezirksverband. Und da mein Wahlkreisbüro geschlossen bleibt, gehört dazu auch, dass ich im April wöchentlich eine Online-Sprechstunde via facebook anbot, an der dadurch - Nebeneffekt - nicht nur Bürgerinnen und Bürger aus Marzahn-Hellersdorf teilnahmen, sondern bundesweit. Doch bei allem digitalen Segen, die persönliche Begegnung ist dadurch nicht zu ersetzen. Zumal: Seit einigen Jahren bin ich

geboten unterwegs. Mit Lesungen aus meinem Buch „Gottlose Type - meine unfriesierten Erinnerungen“ und mit Veranstaltungen zu meinen Gedanken über „Linkssein im 21. Jahrhundert“. Alle im März, April und Mai dazu geplanten Termine fielen Corona zum Opfer. Schade! Ergo habe ich auch dazu mein Online-Angebot hochgefahren. Etliche Episoden aus der „Gottlosen“ und zunehmend auch neue Geschichten finden sich nun als Video bei youtube oder auf meiner Webseite [www.petrapau.de](http://www.petrapau.de). Und zum politischen „Linkssein“ gibt es dort jetzt von mir eine Kurzfassung in sechs Thesen als Diskussionsangebot. Das alles ändert nichts daran, dass es grundsätzliche, ja, explodierende Probleme gibt, die sich digital so nicht lösen lassen, sondern nur im wahren Leben und gemeinsam. Dazu gehören die drohende Klimakatastrophe, die anhaltende Kriegsgefahr und der zunehmende Rechtsextremismus, um nur drei zu nennen.

## Aus dem Bezirksvorstand: Stillstand? – Nee: Still standing!\*)

**W**ir LINKEN sind aktiv wie immer! Im Folgenden nur einige der BV-April-Themen: Unser Austausch aus den Wahlkreisen ergab, dass die umfangreiche, überwiegend telefonische Kontaktaufnahme positive Ergebnisse zeigte: Uns wurden keine coronabedingten Erkrankungen berichtet und auch besondere Hilfe seitens des Bezirksverbandes brauchte nicht in Anspruch genommen zu werden. Unser Bezirksvorsitzender und Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses berichtete, dass der Nachtragshaushalt vorbereitet sei und somit die Neuverschuldung des Landes Berlin vorangehe. Unser BVV-Fraktionsvorsitzender teilte überdies mit, dass der Landesvorstand (LV) aktiv mit uns in Verbindung steht und vor allem in der aktuellen Situation eine aktive Begleitung der Abgeordnetenhaus-Fraktion zusichert. Somit ist die Balance zwischen den dem Bevölkerungsschutz dienenden Restriktionen und der Beibehaltung demokratischer Rechte gewahrt. Wenngleich die Gedenkveranstaltungen nicht unbedingt unter dem starken Publikumsandrang vor

Ort stattfinden konnten, so war dennoch eine gebührende Würdigung möglich. Am 21. April, dem Tag der Befreiung Marzahns vom Faschismus, legten Vertreter\*innen der LINKEN aus vielen Gremien Kränze nieder. Zudem ging das unter folgendem Link abrufbare und von unserem BV-Vorsitzenden moderierte Videoclip viral: <https://www.youtube.com/watch?v=1vG6EjywLk>. Um den 1. Mai gebührend zu würdigen, wird exemplarisch ein Zeichen für die gerechte Entlohnung von Pflegekräften gesetzt. Hierzu hat unser LV eine mobile Plakat-Aktion in Absprache mit den Bezirksverbänden gestartet. In unserem Bezirk ging es am 28. April in Marzahn-Nord los. Ein mit Plakatwänden beladener Autoanhänger wurde in der Havemannstraße nahe der Ladenzeile abgestellt. Nach eineinhalb Wochen wird er an den zweiten Standort, die Altentreptower Straße in der Nähe vom S-und-U-Bahnhof Wuhletal, gefahren, wo er bis zum 19. Mai zu sehen sein wird. Darüber hinaus stellten wir Überlegungen zum weiteren Vorgehen wegen der Einberufung der im

März verschobenen Hauptversammlung an. Finale Termine können nach wie vor nicht gesetzt und genannt werden, da diese in starker Abhängigkeit von den Vorgaben des LV hinsichtlich der Versammlungszusammenkünfte unter Einhaltung der Hygienevorkehrungen stehen. Auch die Angelegenheit Wahlen nimmt Fahrt auf. Um gut auf die Zusammenarbeit mit dem bald erstmals tagenden Landeswahlbüro vorbereitet zu sein, traf der BV einstimmig den Beschluss, auf seiner nächsten Beratung über die Festlegung einer Wahlstruktur für unseren Bezirk, die Aufgabengebiete und die Wahlprogrammarbeitung zu beraten sowie die Einbindung der BV-Mitglieder in Arbeitsgruppen vorzunehmen. Im Zuge der künftigen Besetzung der Geschäftsstelle stehen der Bezirksvorsitzende und seine Stellvertreterin in enger Abstimmung mit dem LV, um dies im Sinne der Sicherung der Arbeitsfähigkeit der Geschäftsstelle zu gewährleisten. \*) Immer noch stehend!  
 KARIN MÜLLER

## Danke heißt: Mehr Gehalt! - DIE LINKE in Marzahn-Hellersdorf setzt zum 1. Mai Zeichen für die Stärkung der Pflege und der systemrelevanten Berufe

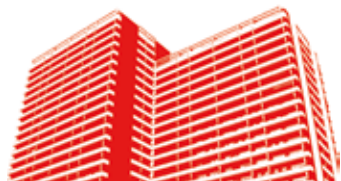
**A**ufgrund der Corona-Krise wird der 1. Mai zum ersten Mal seit 130 Jahren ohne Demonstrationen und Versammlungen der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften stattfinden. DIE LINKE wird stattdessen an diesem Tag auf andere Weise die Beschäftigten in den Mittelpunkt rücken. DIE LINKE in Marzahn-Hellersdorf zeigt ab dem 28. April im Bezirk Plakate mit den Aufschriften „Danke heißt: Mehr Gehalt! DIE LINKE fordert: 500 Euro mehr Grundgehalt, 100.000 Pflegekräfte mehr und ausreichend Schutzausrüstung“ sowie „Jetzt zeigt sich, welche Jobs wirklich wichtig sind. Wird Zeit, sie entsprechend zu bezahlen.“ Zur Zeit sind die Plakate an der Havemannstraße in Marzahn-Nord zu sehen. Dazu erklären Petra Pau, direkt gewählte Bundestagsabgeordnete für Marzahn-Hellersdorf, und Kristian Ronneburg, Bezirksvorsitzender der LIN-

KEN. Marzahn-Hellersdorf: „Für uns ist klar: Ohne die Arbeiterinnen und Arbeiter geht es nicht. Gesundheit, Pflege, Einzelhandel, Reinigungskräfte, Logistik und Postzustellung - sie alle halten unsere Gesellschaft gerade am Leben. Sie sind die Systemrelevanten. Sie haben mehr verdient. Deshalb müssen wir jetzt Druck machen für bessere Arbeitsbedingungen und eine bessere Bezahlung. Für eine Gesellschaft, in der die Menschen im Mittelpunkt stehen und nicht der Profit. Angesichts der aktuellen Pandemie und ihrer gesell-

schaftlichen Folgen gilt das für diesen 1. Mai wie nie zuvor.“  
 Foto: Mobile Plakatfläche in der Havemannstraße







## BVV fährt Betrieb wieder hoch

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) und die Fachausschüsse tagen ab Mai 2020 im Rathaus und online.

Nach mehr als einem Monat Pause hat der Ältestenrat der Marzahn-Hellersdorfer Bezirksverordnetenversammlung am 20. April 2020 wieder getagt. Verabredet wurde einvernehmlich, ab Mai 2020 den Betrieb des Bezirksparlaments schrittweise wieder hochzufahren.

Konkret werden am **28. Mai** und am **18. Juni 2020** die Sitzungen der BVV wieder stattfinden. Um die notwendigen Abstands- und Hygieneregeln einzuhalten, wird als Tagungssaal die Frauensporthalle genutzt. Die Sitzung wird wie gewohnt live ins Internet übertragen. Auf die persönliche Anwesenheit von Gästen muss zunächst verzichtet werden. Abweichend von der regulären Tagesordnung haben die Fraktionen einvernehmlich verabredet, die Sitzung auf eine Zeit von drei Stunden zu begrenzen. In dieser Zeit soll neben dem Bericht des Bezirksamtes ausschließlich die jeweilige Fraktionspriorität behandelt werden. Strittige Anträge werden zunächst nicht abgestimmt. Wir werden bei der Wiederaufnahme der Arbeit zunächst über den Ältestenrat im Konsensprinzip arbeiten.

Im Mai werden der Hauptausschuss, der Stadtentwicklungsausschuss, der Ausschuss für Gesundheit, Inklusion und Menschen mit Behinderungen und der Ausschuss für Umwelt, Natur, lokale Agenda und Verkehr als Präsenzsitzung stattfinden.

Hierfür wird u.a. der Rathaussaal in der Hellen Mitte genutzt. Dieser bietet ausreichend Platz, um den notwendigen Abstand zu gewährleisten. Die weiteren Ausschüsse werden eigenverantwortlich als Videokonferenz tagen. Im Juni werden dann weitere Fachausschüsse wieder als Präsenzsitzungen zusammenkommen.

Die Linksfraktion wird auch weiterhin in Form von Videokonferenzen tagen. In den vergangenen Wochen konnte auf diese Weise die Fraktionsarbeit ohne Sitzungsausfälle aufrecht erhalten werden. Sprechstunden werden ab Mai wieder im Marzahner Rathaus möglich sein. Telefonisch oder per E-Mail sind wir ohnehin für alle Bürger\*innen erreichbar.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass die BVV und ihre Fachausschüsse ihre parlamentarische Kontrollfunktion wieder aufnehmen werden. Auch in Krisenzeiten müssen die demokratisch gewählten Institutionen Wege finden ihre Aufgaben zu erfüllen. Die Anliegen der Bürger\*innen müssen durch die Arbeit der BVV flankiert werden. Die sozialen und ökonomischen Auswirkungen der Pandemie auf viele Menschen in unserem Bezirk bedürfen der dringenden Beratung durch die gewählten Bezirksverordneten. Es müssen schnell Lösungen für die anstehenden Herausforderungen gefunden werden.

BJOERN TIELEBEIN

Vorsitzender der Linksfraktion

## Für eine umfassende soziale Grundsicherung!

Von den Auswirkungen der weltweiten Corona-Krise sind auch in Marzahn-Hellersdorf viele Menschen betroffen. Die Folgen daraus werden ungleich verteilt sein. Zum einen gibt es im Hinblick auf die Pandemie die Feststellung, dass ältere Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen stärker gesundheitlich betroffen sein werden. Zum anderen spielen soziale Faktoren eine große Rolle. Menschen, die von Hartz IV leben, die eine Grundsicherung im Alter erhalten, psychisch erkrankte Menschen und Obdachlose werden die Folgen der Pandemie besonders spüren. Dazu kommen all jene, die selbstständig tätig sind, deren Geschäfte, Restaurants geschlossen sind, die als Kunst- oder Kulturschaffende nicht arbeiten können oder auch die Dienstleistungen, die nicht erbracht werden können.

Obwohl hier Bemühungen der Bundes- und Landespolitik in Berlin durch Hilfsmaßnahmen zu verzeichnen sind, wird es notwendig sein, eigene Instrumente im Bezirk zu finden. Trotz der Veränderungen im Wirtschaftsleben haben die Menschen in den oft schlecht bezahlten „systemrelevanten Berufen“ in der Pflege, der außerschulischen Ausbildung, im Gesundheitswesen, in den Unterkünften für Geflüchtete, in den Kaufhallen,

den öffentlichen Verwaltungen, bei der Müllabfuhr, den Paket- und Briefzustelldiensten, der Straßenreinigung und in den Senioren- und Pflegeheimen Vor-

bildliches geleistet und das gesellschaftliche Leben bestimmt. Es wird deutlich, dass diese Berufsgruppen essenzielle gesellschaftliche Funktionen haben, die wir brauchen, damit das Leben auch unter den jetzigen Einschränkungen funktionieren kann.

Die Freiwilligenagentur Marzahn-Hellersdorf hat gemeinsam mit den Stadtteilzentren die Nachbarschaftshilfe organisiert, in den Stadtteilzentren und bei freien Trägern wurden Tausende Mund-Nasen-Abdeckungen genäht, die Beratungsstellen haben auch im Homeoffice ihre Angebote an die Klient\*innen gebracht, die Integrationslotsen der Volkssolidarität und der Caritas haben die Informationen des Gesundheitsamtes und des Landes Berlin in 14 Sprachen übersetzt.

Diese Aktivitäten zeigen, dass unser kommunalpolitisches Konzept der sozialen Stadtteilarbeit auch in Krisenzeiten gut funktioniert. Wir werden dieses Konzept weiterentwickeln und die Beratungsangebote weiterqualifizieren. Aber das allein reicht nicht aus. Als DIE LINKE plädieren wir dafür, den Sozialstaat umfassend zu reformieren. Dazu gehört unser Konzept der sozialen Grundsicherung, nach dem jeder volljährige Mensch mindestens 1.200 Euro zur Verfügung hat. So kann der Staat den Menschen die Angst vor den Folgen der Pandemie nehmen.

ZOE DAHLER

Sozialpolitische Sprecherin

## Schnellbau-Schwimmhalle für den Bezirk

Die Sanierungsmaßnahmen an der Schwimmhalle „Helmut Behrendt“ am Helene-Weigel-Platz (unser Foto) dauern noch bis über das Jahr 2020 hinaus an. Damit besteht ein Defizit an nutzbaren Schwimmflächen im Bezirk, woraus sich Einschränkungen für den Schwimmunterricht der Schulen und beim Vereinsschwimmen ergeben. Ebenso ist der öffentliche Schwimmbetrieb stark eingeschränkt.

Aus diesem Grund hat die Linksfraktion in der Februar-Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) einen Antrag für die Errichtung einer Schnellbau-Schwimmhalle eingebracht. Das Bezirksamt wird dazu aufgefordert, sich dafür bei den zuständigen Stellen einzusetzen, und geeignete Flächen zur Bebauung zu identifizieren und diese der BVV zur Kenntnis zu geben.

Im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg läuft inzwischen das Genehmigungsverfahren für eine Schnellbau-Schwimmhalle auf dem Gelände des



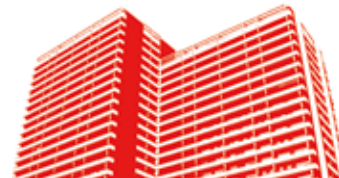
Prinzenbades, die in modularer Bauweise errichtet werden soll. Dieses Projekt könnte ein Vorbild für Marzahn-Hellersdorf sein. Auch in Friedrichshain-Kreuzberg waren die geplanten Sanierungsarbeiten in einem anderen Schwimmbad (Spreevaldabad) ausschlaggebend für die Entscheidung für eine Schnellbau-Schwimmhalle. Die Kosten sollen etwa drei Millionen Euro betragen. Mit einer Bauzeit von sechs Monaten wird gerechnet. Die Standzeit für eine solche Schwimmhalle beträgt zwischen 10 und 15 Jahren.

Doch auch wenn die Schwimmhalle am Helene-Weigel-Platz wieder in Betrieb geht, besteht aufgrund der gestiegenen Schüler- und Einwohnerzahlen ein zusätzlicher Bedarf an Schwimmflächen. Eine Schnellbau-Schwimmhalle würde diesem Bedarf mittelfristig gerecht werden und für Entlastung beim Schul- und Vereinsschwimmen sorgen. Ebenso entsteht ein zusätzliches Schwimmangebot für die Öffentlichkeit. Da der Ausschuss für Sport aktuell auf Grund der Einschränkungen durch Corona nicht tagt, ist bisher noch keine Entscheidung gefallen.

Wir halten Sie auf dem Laufenden.

STEFFEN OSTEHR

Sprecher für Bildung und Bürgerbeteiligung



## Kinderbetreuung ist kein privates Problem!

### Vereinbarkeit von Homeoffice und familiären Betreuungsverpflichtungen während der COVID-19-Pandemie

Die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit lag schon vor der COVID-19-Krise überwiegend auf den Schultern von Frauen und stellt eine Mehrfachbelastung dar. Die Krise verstärkt diese strukturellen Ungleichheiten. Eine gleichstellungspolitische Perspektive ist daher dringend notwendig, war jedoch in der Debatte zur Bewältigung der Krise allzu oft abwesend. Das aus 24 Männern und nur zwei Frauen bestehende Leopoldina-Gremium beispielsweise, das Mitte April die Stellungnahme zum Umgang mit dem Corona-Virus verfasst hat, nahm keinen Bezug auf diese Fragen.

Im Zuge der bundesweiten Schul- und Kitaschließungen musste der Alltag von Familien binnen kürzester Zeit neu organisiert werden: die häusliche Betreuung von Kindern im Kita-Alter, die Unterstützung von Schulkindern beim Online-Lernen, die anfallende Hausarbeit, die Organisation der Mahlzeiten sowie die täglichen Freizeitbeschäftigungen, die auf Grund der öffentlichen Einschränkungen weitestgehend auf die eigenen vier Wände beschränkt sind. Diese Arbeiten liegen oftmals in Frauenhand. Gleichzeitig geht die Erwerbsarbeit im Homeoffice für viele weiter.

Seit den Schul- und Kitaschließungen gilt: Wer im Homeoffice arbeitet, kann laut Senat eine Betreuung für das Kind garantieren. Das gilt auch für Menschen in systemrelevanten Berufen. Das heißt, wenn die Mitarbeiterin vom Jugendamt im Homeoffice arbeitet, darf sie ihr zweijähriges Kind nicht in die Notfallbetreuung geben, obwohl sie

Anspruch darauf hätte, wenn sie dieselbe Arbeit im Büro verrichtet hätte. (Systemrelevante) Arbeit muss wegen der Mehrfachbelastung teilweise nachts erledigt werden, da andere Formen der privaten Kinderbetreuung bis vor Kurzem nicht erlaubt waren. Alleinerziehende sind hier ganz besonders betroffen, da sie die Arbeiten mit niemanden teilen können.

Bereits Mitte April habe ich außerdem öffentlich



kritisiert, dass Mitarbeiter\*innen z.B. in Sucht Hilfestellen, Frauenhäusern oder Kitas bis Ende April der so genannten 2-Eltern-Regelung unterlagen, d.h. es brauchte - falls vorhanden - zwei Elternteile, die in systemrelevanten Bereichen arbeiten, um Anspruch auf eine Notfallbetreuung zu haben. Dabei wurde die Arbeit in den genannten Bereichen nicht weniger, im Gegenteil: Aktuelle Zahlen der

Polizei verwiesen z.B. auf einen zehnjährigen Anstieg von häuslicher Gewalt im Vergleich zum Vorjahr.

Ich begrüße daher ausdrücklich die neuen Regelungen des Senats, die am 27. April in Kraft getreten sind: Ab sofort haben Zwei-Eltern-Haushalte, in denen ein Elternteil in einem systemrelevanten Beruf arbeitet, und alle Alleinerziehenden Anspruch auf einen Notbetreuungsplatz. Das ist besonders für Marzahn-Hellersdorf eine gute Nachricht, da wir einen hohen Anteil an Alleinerziehenden haben. Erlaubt ist außerdem nun auch, dass sich Eltern in privaten Betreuungsgemeinschaften mit bis zu drei Kindern gegenseitig unterstützen können. Homeoffice und gleichzeitige Kinderbetreuung bleiben allerdings weiterhin eine Doppelbelastung für viele Eltern. Diesen Umstand kritisiere ich aufs Schärfste. Weiterhin gilt auch: Wer sein Kind betreut und nicht arbeiten kann, hat enorme Einkommenseinbußen, gleichzeitig aber Mehrausgaben für Verpflegung, ggf. pädagogisches Spielzeug, Bastelmaterial usw. - alles, was sonst z.B. eine Kita bereitstellt.

Deshalb fordern wir ausdrücklich, dass Homeoffice nicht als Betreuung gilt und Eltern vollumfänglich weiterbezahlt werden sollen, auch wenn sie wegen der Betreuung nicht vollumfänglich arbeiten können.

Dieser Beitrag basiert auf der Faktenlage vom 27. April 2020.

Dieser Beitrag basiert auf der Faktenlage vom 27. April 2020.

SARAH FINGAROW  
Gleichstellungspolitische Sprecherin

## Unsere haushaltspolitischen Grundsätze haben sich bewährt!

Nachdem der Bezirk Marzahn-Hellersdorf im Jahr 2018 die Altschulden getilgt hatte, konnte nun im Jahr 2019 ein Plus von fast acht Millionen Euro erreicht werden. Dieses Ergebnis ist dank der straffen Haushaltsdurchführung durch das Bezirksamt und die Beschlussfassungen der Bezirksverordnetenversammlung erreicht worden.

Obwohl es im Bereich der Hilfen zur Erziehung zu erheblichen Mehrausgaben kam, wurde der Mehrbedarf durch alle Abteilungen des Bezirksamtes ausgeglichen. Natürlich haben die Anstrengungen in der Haushaltsdurchführung auch zu Problemen bei der Umsetzung der Aufgaben des Bezirkes geführt. So fehlt dem Bezirksamt in vielen Bereichen das Personal. Das wirkt sich negativ auf die angestrebten Ziele der Verwaltung aus. Hier ist insbesondere das Gesundheitsamt zu nen-

nen: Die Hälfte der 22 Stellen ist nicht besetzt. Hier können gegenwärtig nur die Aufträge mit hoher Priorität umgesetzt werden. Das Bezirksamt hat große Anstrengungen unternommen, um diesen Zustand abzustellen. Es wurden Stellen ausgeschrieben und Ärzt\*innen auch persönlich angesprochen. Da die Bezahlung im öffentlichen Dienst nicht so hoch ist, wird es schwer, Personal zu finden. Hier hilft gegebenenfalls die Neuregelung, wonach Ärzt\*innen im öffentlichen Dienst außertariflich bezahlt werden können.

Der zweite Bereich, in dem qualifiziertes Personal fehlt, ist das Bauamt. Wegen der fehlenden Mitarbeiter\*innen konnten einige Bauvorhaben nicht fristgerecht umgesetzt werden. Während im Jahr 2018 lediglich 45,2 Prozent des Personalzuschlags umgesetzt wurden, konnten im Jahr 2019 durch die Anstrengungen des Bezirksamtes schon 71,4

Prozent erreicht werden.

Mit dem Haushaltsansatz der Bürgermeisterin und Finanzstadträtin Dagmar Pohle (DIE LINKE) haben wir die soziale Infrastruktur mit einem neuen sozialen Stadtteilzentrenvertrag weiterentwickelt und uns um gute Bedingungen für die 268.000 Einwohner\*innen bemüht. Hier stehen wir auch weiterhin vor großen Herausforderungen. Jedes dritte Kind unter sechs Jahren lebt in einem Haushalt mit Hartz-IV-Bezug, und bis jetzt liegt die Arbeitslosenquote bei 6,4 Prozent. Nach der Pandemie wird sich die soziale Situation stark verändert haben. Dann werden die in den Jahren 2018 und 2019 angesparten 13 Millionen Euro als Guthaben für die Haushaltsdurchführung dringend nötig sein.

KLAUS-JÜRGEN DAHLER  
Haushaltspolitischer Sprecher





Kristian Ronneburg (MdB):

## ÖPNV – der große Verlierer in der Corona-Krise?

**D**urch die Ausbreitung des Corona-Virus und Maßnahmen, die zu seiner Eindämmung getroffen worden sind, hat sich die Situation im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) innerhalb kurzer Zeit sehr stark verändert. Kontaktverbote, das Arbeiten im Homeoffice, die Schließung von Schulen und Kitas sowie von Kultureinrichtungen als auch Veranstaltungs- und Versammlungsverbote haben zu einer deutlichen Abnahme der Fahrgastzahlen geführt. Die BVG, die selbst einen hohen Krankenstand zu beklagen hatte, reagierte darauf mit einem eingeschränkten Fahrplan.

Daraufhin erreichten auch mich Beschwerden über das Nicht-Einhalten der Abstandsregeln zu den Stoßzeiten am Nachmittag, besonders in der U5. Nach einigen Gesprächen mit der BVG wurden auch hier wieder Verstärkerzüge eingesetzt. Leider wurden jedoch in unserem Bezirk ebenso Verbindungen eingestellt, die Bus-Linie 291 und die Straßenbahn-Linien 16 und 18. Ab dem 4. Mai soll im Zuge der „Lockerungen“ auch der öffentliche Personennahverkehr

in Berlin wieder auf „Vor-Corona-Niveau“ fahren. Sukzessive soll der Fahrplan hochgefahren werden. Wichtig wird es sein, dass in Abstimmung mit Schulen und weiteren Einrichtungen darauf geachtet wird, den Verkehr zu entzerren, damit es nicht zum Gedränge am Morgen oder am Nachmittag vor allem im Bus-Verkehr kommt. Auf absehbare Zeit wird es im öffentlichen Personennahverkehr keine Normalisierung geben können. Allein der zur Pflicht gewordene Mund-Nase-Schutz wird uns noch lange begleiten und an das Virus erinnern. Hoffentlich erinnert er uns auch daran, die Abstandsregeln einzuhalten, denn auf diese kommt es vor allem an.

Unsere Aufgabe im Berliner Abgeordnetenhaus wird es sein, die BVG für die Zeit während und nach Corona so aufzustellen, dass sie nicht nur ihre Leistungen und Angebote erfüllen, sondern diese auch ausbauen kann. Wir erinnern uns daran, dass wir vor Corona vor allem über die Klimakrise und den notwendigen Ausbau umweltverträglicher Verkehrsmittel diskutiert haben. Corona darf nicht zu einer

Abkehr von den „Öffis“ und zur Rückkehr zum vermeintlich sicheren eigenen Automobil führen, denn dies wird unsere Straßen noch weiter verstopfen. Wir brauchen den ÖPNV als Rückgrat der Stadt und wir werden als Linksfraktion im Abgeordnetenhaus alles daran setzen, ihn wieder starkzumachen.

In den nächsten Monaten wird der neue Verkehrsvertrag mit der BVG finalisiert. Der Vertrag basiert auf den Vorgaben aus dem im Jahr 2018 vom Senat beschlossenen Nahverkehrsplan, der einen deutlichen Leistungsaufwuchs und Investitionsmaßnahmen im ÖPNV, vor allem im Bereich der Straßenbahn, vorsieht. Gerade jetzt kommt es darauf an, dass die vereinbarten Inhalte möglichst 1:1 umgesetzt und finanziert werden. Das wäre in diesen schwierigen Zeiten, in denen der ÖPNV insgesamt unter großem finanziellen Druck steht, ein starkes Zeichen von Rot-Rot-Grün in Berlin.

Als verkehrspolitischer Sprecher unserer Fraktion im Abgeordnetenhaus werde ich mich dafür einsetzen.

## Gedenken anders III

**D**er Befreier gedenken wird DIE LINKE trotz der nicht im üblichen Rahmen stattfinden könnenden Veranstaltungen. An den verschiedensten Gedenkorten in der Stadt werden Blumen niedergelegt. DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf wird dieses „Roll-up“ (Foto unten) präsentieren und Passanten aufmerksam machen. Der 8. Mai 2020 wird in Berlin als Feiertag begangen. Er möge das immer sein, nicht nur in diesem Jahr, in dem sich der Tag der Befreiung zum 75. Mal jährt! DIE LINKE kämpft darum.

An diversen Stolpersteinen im Bezirk gedach-

ten Mitglieder der LINKEN der Opfer der Nazi-herrschaft, zum Beispiel in Berlin-Kaulsdorf, am Gedenkort für die Familie Guthmann. **MHI**



Stefan und Ina Taube am Gedenkort für die Familie Guthman in der Lemkestraße. Fotos: privat



## Solidarischer Gruß vom Balkon!

**D**ie Sonne scheint, es ist unglaublich still am Himmel und die Straßen sind frei für Fahrradfahrer, Läufer und Senioren. Wenn nicht diese ungewisse Gefahr wäre, das unsichtbar Drohende, wäre alles schöner denn je. Als ich neulich wieder einmal bei den Maiers im Garten war, fassten wir die guten Seiten zusammen und kamen auf viele Sachen, die durchaus ein Gewinn sind. Für Senioren, die häufig ausgeschlossen waren vom hektischen Leben der Kinder, wird nun deutlich, dass es auch ruhiger geht. Jene, die ihre Nachbarn nur beim Einsteigen ins Auto gesehen haben, werden nun versorgt, es gibt Interesse, Hilfe, Miteinander. Die Verkäuferinnen, Pflegerinnen und Ärzte haben sich und ihre Arbeit in den Fokus gerückt, es gibt Dank, Pralinen und Interesse einer Gesellschaft, die lange keine Zeit und keinen Blick für viele Arbeiten hatte. Es wird gedankt all jenen, die Müll entsorgen, Reinigung leisten und die Kids unterrichten.

Eine andere Welt, ein anderes Miteinander ist möglich. Versteckt sich in der Pandemie, die derzeit in vielen Ländern eine Schneise des Todes in viele Familien reißt, die Unternehmen bedroht und Künstler ihrer Bühne, vielleicht auch ein Anlass zur Besinnung? Für DIE LINKE ist es gut zu sehen, wie die Arbeit der prekär Beschäftigten in den Blick aller gerät. Es ist

gut zu erleben, wie linke Themen von Vergesellschaftung bis zur Unterstützung für Alleinerziehende auf dem abendlichen Bildschirm flimmern. Lassen wir uns dieses wichtige Thema, wie die Gesellschaft anders leben, arbeiten, verteilen und auch unterstützen kann. Lasst uns die Debatte jetzt führen, mit den Nachbarn am Gartenzaun oder in der Schlange an der Post. Was soll und was kann sich ändern, damit wir Miteinander erhalten – aber nicht Europa in Nationalismus stürzen. Jede Not birgt auch eine Chance. Lasst uns neue Bündnisse schließen mit denen, die jetzt Hilfe erwarten und Anerkennung. Fallen wir nicht herein auf die, die uns mit Verschwörungstheorien den Kopf vernebeln wollen. Lasst uns gemeinsam darüber sprechen, welche neuen Veranstaltungsformate wir schnell und dennoch sicher anbieten können. Lasst uns im Rückzug in unser „Zuhause“ nicht jene vergessen, die kein Zuhause haben, und kämpfen wir darum, dass nicht einer zurückgelassen wird! Auch wenn der 1. Mai dieses Jahr ebenso wie der 8. Mai im kleinen Kreis verbracht werden, die Signale für eine solidarischeres Miteinander, für eine Welt ohne Krieg werden wir auch vom Balkon aus senden!

Mit bestem Gruß

JULIANE WITT  
Bezirksstadträtin

## Ein Erfahrungsbericht: Ausnahmezustand zwischen Job und Notbetreuung

„Entspannt bleiben, bloß nicht stressen lassen, sonst fährt das Immunsystem runter“, das rät die Ärztin allen, die jetzt systemrelevant weiter arbeiten im Kontakt mit Menschen. Heute gerade fällt es mir so schwer, diesen Rat zu befolgen.

Ich habe meinen Sohn zur Notbetreuung in der Kita gebracht. Übergabe ist jetzt unten vor der Tür. Die Gruppen sind zusammengelegt. Richard ist also den ganzen Tag in einem Raum, der ihm nicht vertraut und auch eigentlich für ältere Kinder eingerichtet ist. Eine Erzieherin, die auch nicht aus seiner Gruppe ist, kommt runter, um ihn abzuholen. Es ist keine warmherzige Übergabe, wie mein Sohn es gewohnt ist. Ein schnelles „Abwerfen“ mit ausreichend Abstand beschreibt es besser.

Richard weint sofort, als er auf dem Arm der Erzieherin ist. Ich kann ihn nicht trösten, darf ja nicht zu nahe kommen. Es zerreißt mir das Herz. Keine Möglichkeit für die sonst üblichen Gespräche

darüber, wie er sich heute Morgen fühlt oder geschlafen hat. Die Erzieherin kann ich verstehen. Sie will sich schützen, muss Anweisungen befolgen, hat auch Familie. Ich weiß, dass sie lieb zu Richard ist. Aber so eine unwürdige Übergabe hinterlässt Spuren bei einem Anderthalbjährigen. Warum bringt Mama mich nicht in meine Gruppe? All unsere Rituale in der Garderobe fallen einfach weg.

Denjenigen, die auf die Notbetreuung angewiesen sind, wird es so schwer gemacht. Und Zeit zum Durchatmen, Runterkommen oder Energietanken, bleibt kaum. Mein Team braucht mich. Auch unter ihnen haben viele Angst, Sorge um ihre Familie, und kommen trotzdem tapfer jeden Tag, wohl wissend, sich auch einer Gefahr auszusetzen. Ihnen gehört mein unendlicher Dank. Und da sind rund 300 Menschen in der Unterkunft, die uns brauchen. Wir müssen erleben, wie menschenunwür-

dig teilweise Polizei oder private Krankentransporte mit Geflüchteten umgehen. Es erschüttert uns und die Folgen beschäftigen uns bis in die Nacht hinein. In diesen Zeiten ist auch der Feierabend alles andere als planbar. Auch das belastet das Familienleben. Und dennoch komme ich jeden Tag gern zur Arbeit. Ich liebe meinen Job. Aber wenn Menschen unsolidarisch und respektlos sind, macht es mich wütend.

Ich bitte jede\*n Einzelne\*n hier ganz inständig, verliert auch in diesen unsicheren Zeiten eure Menschlichkeit nicht! Seid solidarisch und vor allem respektvoll miteinander!

*Die Autorin dieses Beitrags, Sarah Fingarow, leitet die Notunterkunft Brebacher Weg 15 und ist gleichstellungspolitische Sprecherin der Linksfraktion Marzahn-Hellersdorf*

### Wie es mir geht in dieser Zeit?

**F**ast täglich kommen Anrufe von meinen besorgten Kindern, von Enkeln oder Freunden mit der Frage: Wie geht es dir? Was soll ich antworten? Ja, es geht mir gut. Kein Husten, kein Schnupfen, die Sonne scheint, und im Garten lockt der Liegestuhl. Die Nachbarn fragen, ob wir etwas von REWE oder Penny brauchen, und Claudia von nebenan bringt frische Schrippen. Mein nachbarlicher Beitrag sind selbstgenähte Gesichtsmasken (*Foto anbei*), mit denen ich auch Kinder und Kindeskindern versorgt habe. Am Sonntag riefen Anton und Maria aus München an – auch sie brauchen dringend Masken.



Also alles wunderbar? Ja, wäre da nicht die Welt jenseits des Gartenzauns. Die Regierenden versuchen, mit einem gigantischen finanziellen Aufwand die Folgen der Pandemie zu mindern. Aber man muss kein Ökonom sein, um zu begreifen, was es bedeutet, Milliarden Euro zu verteilen, für die über Wochen, vielleicht Monate keine Waren produziert, keine Leistungen erbracht werden. Welche Folgen hat diese Krise für die Arbeitsplätze, vor allem in den vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen, bei denen die Mehrzahl der Menschen arbeitet? Was wird aus den Stadtzentren, der bunten Kulturszene, den Restaurants und vor allem jenen, die mit wenig Geld am unteren Rand der Gesellschaft leben?

Fragen über Fragen, auf die niemand eine Antwort hat. Auch meine Partei DIE LINKE nicht. Die Wahrheit ist: Wenn ich das alles bedenke, geht es mir gar nicht gut.

ERIKA MAIER  
83 Jahre, Rentnerin

### Was mich zu diesem Thema bewegt

**D**ie Corona-Krise scheint unser Leben auf eine nie vorher dagewesene Zerreißprobe zu stellen.

Menschen können mit der neuen Situation schlecht umgehen. Schließlich befinden wir uns nun über einen Monat in Quarantäne.

Für Familien mit kleinen und schulpflichtigen Kindern ist die Zeit eine ganz neue Herausforderung. Die Eltern, die im Homeoffice arbeiten und nebenbei ihre Kinder betreuen, manchmal sogar unterrichten müssen, gehen körperlich und vor allem psychisch an ihre Grenzen.

Da ein Kontakt mit den Großeltern bzw. Verwandten unterbleiben muss, gibt es kaum personelle Abwechslung.

Da ich in einem Haus mit kleinem Garten wohne, der durch einen großen Hund bewacht wird, stehen mehr denn je Kinder am Zaun, die auf täglichen Spaziergängen hier eine willkommene Abwechslung finden.

Ich komme ins Gespräch und stelle fest, dass Gesprächsbedarf besteht. Für die meisten ist die lange Auszeit von Kindergarten und Schule quälend. Die Gemeinschaft fehlt und für die Schulkinder ganz sicher der strukturierte Alltag.

Eine Mutter berichtete mir, dass sie es nicht schafft, täglich über die E-Mail-Plattform der Schule die Hausaufgaben zu begleiten.

Ich würde gern zur Hilfe eilen, aber Corona verbietet es mir.

Klar sind das Probleme, aber schließlich stellen wir im fortsetzenden Gespräch fest, dass diese Sorgen gegenüber existenziellen Sorgen sehr klein werden.

Und ganz zu schweigen von den Nöten der Ärmsten unseres Landes, die zurzeit nur eingeschränkt unterstützt werden können.

Mich bewegt in diesen Tagen ganz persönlich die Inhaftierung eines jungen Mannes in Griechenland, der vor ca. zweieinhalb Jahren wegen eines Drogendelikts zu 25 Jahren Haft verurteilt wurde. Diese unglaublich harte Strafe ist mit normalem Menschenverstand nicht nachvollziehbar.

Zu meiner großen Freude erhielt ich jüngst von der griechischen Botschaft in Athen eine Nachricht, dass die Gerichte z.Zt. bedingt durch die Corona-Krise, nur eingeschränkt arbeiten können. Aber der Botschafter macht mir Hoffnung, dass die Gerichte in Griechenland bald wieder öffnen werden, sodass ein Berufungsverfahren terminiert werden kann.

Die Haftbedingungen sind mit denen in deutschen Gefängnissen nicht vergleichbar.

Der junge Mann hofft so sehr auf seinen zweiten und vor allem gerechten Prozess und eine Rückkehr nach Deutschland.

Sollte dann die Quarantäne noch nicht aufgehoben sein, könnte er, davon bin ich fest überzeugt, gut damit umgehen ...!?!?

HEIKE THIER

#### Corona ideologisch

**Immer schon EU infiziert  
nicht erst seit Viren-Jahr 2020  
europäische Werte am Beatmungsgerät**  
JÜRGEN RIEDEL

#### Pflege

**Blumenstraußleben bunt  
nie welke!**

JANINA NIEMANN-RICH

#### Heimlich freut sich CDU

**Corona sei Dank  
wieder Volkspartei-Werte bei Umfragen  
erfolgsstramme Strategie:  
edle Milliardenhilfe für Wirtschaft  
im massenwirksamen Landesmutterstil  
streng-milde Reden Merkels**

JÜRGEN RIEDEL



### Liebe Tomatenfreunde,

wie in den letzten Jahren auch, wird Petra Pau auch dieses Jahr wieder Tomatenpflänzchen der Sorte „Harzfeuer“ verteilen. Leider geht das in diesem Jahr nicht auf den Straßen und Plätzen im Bezirk.

Wir werden am 19. Mai (Hellersdorf) und am 20. Mai (Marzahn) unterwegs sein und an verschiedenen Stellen Kisten mit Pflanzen abstellen, sodass Sie die Pflänzchen kontaktlos erhalten.

Gerne sind wir bereit, genauere Informationen zu unserer Tour mit dem Kremser zu verkünden, wenn die Fahrroute mit Kremser und Musik genauer bekannt ist.

Für Auskünfte dazu stehen wir unter der Telefonnummer 030 99289380 gerne zur Verfügung.



Zeichnung: Klaus Stuttmann

### Hinten links: Arbeit und Frieden

Der Tag der Arbeit, der 1. Mai, ist ein Feiertag in Deutschland. Und der Tag, an dem sich das Kriegsende in Europa zum 75. Male jährt, ist 2020 auch in Berlin ein gesetzlicher Feiertag, der 8. Mai.

Doch hält der Mai noch weitere Feiertage bereit:

10. Mai: Muttertag, 21. Mai: Himmelfahrt („Männertag“), 31. Mai: Pfingstsonntag. Bemerkenswert: Letzteres christliches Kirchenfest zur Gründung der ersten christlichen Gemeinde und Beginn der Missionierung wird rot geschmückt. Den einfachen Menschen sind Arbeit, Gesundheit und Frieden wichtigste Grundbedürfnisse – diese sind gegenwärtig unsicher wie lange nicht mehr. In unserer global vernetzten und komplex untereinander abhängigen Welt stellen sich Fragen, die sich der Unwägbarkeiten insbesondere in Asien, Afrika und Südamerika wegen auch nicht annähernd beantworten lassen.

### Frage

Wenn das Christentum Frieden und solidarisches Zusammenleben für alle Menschen will, warum sind dann die Christen die am meisten verfolgte religiöse Menschengruppe weltweit?

R. RÜDIGER

### Bezirksvorstand

» tagt per Videokonferenz zu separat festgelegten Terminen

### Sprechstunde Petra Pau (MdB)

» 20.5., 10-12 Uhr, Wahlkreisbüro Henny-Porten-Str. 10-12, unbedingt vorher telefonisch anmelden unter: 030 99289380

### Sprechstunden Dr. Manuela Schmidt (MdA)

» von Montag bis Freitag von 10 bis 11 Uhr unter Telefon: 030 54980323

### Sprechstunden Regina Kittler (MdA)

» von Montag bis Freitag von 10 bis 11 Uhr unter Telefon: 030 54980322

### Sprechstunden Kristian Ronneburg (MdA)

» Terminvereinbarung unter Telefon: 030 47057520

### Abgeordnetenbüros

» Dr. Manuela Schmidt (MdA), Telefon: 030 54980323, und Regina Kittler (MdA), Telefon: 030 54980322, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin, dienstags von 14-17 Uhr geöffnet für Besucher\*innen

» Kristian Ronneburg (MdA), Tel. 030 47057520, Cecilienplatz 5, 12619 Berlin, mittwochs von 10 - 14 Uhr für Besucher\*innen geöffnet

### BVV-Fraktion

» Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE, zurzeit nur per Telefon: 030 902935820 oder E-Mail: fraktion@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

„Die fast unlösbare Aufgabe besteht darin, weder von der Macht der anderen noch von der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen.“

Theodor W. Adorno

Geschäftsstelle / Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Tel.: 030 5412130 / 030 9953508 - Telefax: 030 99901561

Ab 14. Mai jeden Donnerstag von 13 - 17 Uhr geöffnet unter Beachtung der Verhaltensregeln in Zeiten der Corona-Krise

Impressum Marzahn-Hellersdorf links

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. Vi.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Leserzuschriften sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrer Kürzungen von Beiträgen vor. Anonyme Schreiben an die Redaktion werden nicht bearbeitet.

Layout: Yvette Rami; Anschrift der Redaktion: c/o DIE LINKE, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, fon: 030 5412130, fax: 030 99901561

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Bearbeitungsschluss: 01.05.2020. Auslieferung ab 05.05.2020.

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Marzahn-Hellersdorf links wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert.

Empfehlung: 35 Euro-Cent.

Die nächste Ausgabe erscheint am 02.06.2020 (Anlieferung aus Druckerei).



## Liebe Biesdorferinnen und Biesdorfer, liebe Nachbarinnen und Nachbarn,

ich bin als Abgeordnete der Linksfraktion im Berliner Parlament deren Sprecherin für Bildung. Dieser Bereich war von Anfang an sehr stark von der Corona-Krise betroffen. Wer von Ihnen Kinder oder Enkelkinder hat, die eigentlich die Schule besuchen müssten, weiß das sehr genau. Am 17. März wurden die Schulen für den normalen Betrieb geschlossen. Am selben Tage wurde dort aber eine Notbetreuung durch Erzieher\*innen für Kinder von Eltern in sogenannten systemrelevanten Berufen organisiert. Lehrkräfte halten Kontakt zu ihren Schüler\*innen, erarbeiten Unterrichtsmaterial für das Lernen zu Hause, zunehmend auch über digitale Medien. Allen Beschäftigten gilt mein Dank und meine Unterstützung!

Die grundlegende Herangehensweise an ein Konzept für Schule und Kita in Zeiten von Corona ist für mich das Verständnis von ihnen als sozialer Raum, bei dem es um Bildung und Erziehung als Voraussetzung für die Teilhabe in der Gesellschaft geht.

Dies verlangt, aus der Logik der Abschlussorientierung bei der Schule auszureichen und mit kreativen Lösungen sowohl dem Bildungs- und Erziehungsauftrag nachzukommen und gleichzeitig einen sozialen Raum zu schaffen, der Kindern und Jugendlichen den Kontakt untereinander und mit ihren Lehrer\*innen, Erzieher\*innen und Schulsozialarbeiter\*innen ermöglicht. Schulen sind Lern- und Lebensraum und keine Prüfanstalten! Deshalb haben wir in diesem Jahr die MSA-Prüfungen ausgesetzt.

Eltern brauchen Entlastung, auch die von der Doppelbelastung von Betreuung und (oft) Homeoffice. In der jetzigen Situation müssen wir insbesondere dafür sorgen, dass sich bestehende Ungerechtigkeiten im Bildungssystem nicht infolge der Corona-Krise noch verschärfen. Auch hier gilt: Die Kri-

se verwischt soziale Unterschiede nicht, sie lässt sie noch viel stärker zutage treten. Denn nicht alle Schüler\*innen verfügen über häusliche Rückzugs-



Regina Kittler, Biesdorfer Abgeordnete, möchte aus diesem Weg einfach „Danke“ sagen. Foto: privat

orte oder die technischen Bedingungen und Hilfsmittel wie WLAN und Computer zum Lernen. Zur Unterstützung haben wir in Berlin jetzt 9500 Tablets als Leihgeräte bestellt.

Auch wenn die ersten Jahrgänge von Schüler\*innen jetzt wieder in die Schulen zurückkehren, ist klar: Eine Aufnahme von allen Schüler\*innen kann erst erfolgen, wenn die Gesundheitsschutzmaßnahmen deutlich zurückgefahren werden können. Ich werde Sie weiter informieren. Bei Fragen, auch zu anderen Themen, wenden Sie sich gern an mich oder meine Mitarbeiter.

Dazu haben Sie telefonisch unter der Nummer 030 54980322 täglich montags bis freitags von 10 -11 Uhr die Möglichkeit. Dienstags ist von 14-17 Uhr unser Büro am Helene-Weigel-Platz 7 wieder für Sie geöffnet. Oder Sie schreiben uns eine Mail unter: buero@regina-kittler.de

Ich wünsche Ihnen alles Gute und grüße Sie herzlich!

Bleiben Sie gesund!

Ihre Regina Kittler

**PS: Natürlich will ich Sie auch noch über neue Entwicklungen in Biesdorf informieren:**

● **Fuchsbergschule:** Der Container kommt endlich: Seit einem Monat ist der Auftrag raus, produziert wird in Kroatien. Derzeit sind die Kollegen dabei, Kabelschächte und Voraussetzungen zu schaffen, bisher im Zeitplan! (Der Stadtplatz davor ist ebenfalls im Bau und soll bis zum Sommer fertig sein!)

● **Licht in der Oberfeldstraße:** Wir haben eine neue Beleuchtung bekommen! Ergebnisse: Die Straße ist besser ausgeleuchtet, die Lichtverschmutzung geringer und Energie wird eingespart!

● **Neue Kita in der Kohlweißlingstraße:** Endlich hat der Träger IBEB die Baugenehmigung erhalten, und ab Sommer wird gebaut!

● **500 Neue Wohnungen an der Weißenhöher Straße:** Stadt und Land geht in den Endspurt! Ein Großteil der Gebäude steht schon und Interessierte können sich bei Stadt und Land für die Vermietung anmelden - diese startet voraussichtlich im Herbst/Winter für die ersten Bauabschnitte!

● **Die Fußgängerbrücke** über die Gleise zum Otto-Nagel-Gymnasium ist vor der Fertigstellung und die alte Brücke bereits abgetragen!

● **Schloss Biesdorf:** Die Galerie im Schloss öffnet nach der „Corona-Pause“ wieder am 11. Mai, bisher noch ohne Veranstaltungen, aber Kunst anschauen geht schon wieder!

● **Spielplätze:** Seit dem 30. April können unsere Kleinsten endlich wieder auf die Spielplätze!

● **REWE im Marchwitzviertel:** Die 1. Kaufhalle Marzahns wird aus Altersgründen abgerissen und neu gebaut. Auf Initiative der LINKEN in der Bezirksverordnetenversammlung wird es neben der Apotheke einen Tante-Emma-Laden für die wichtigsten Einkäufe geben!

Dank an alle, die für uns da sind: in den Pflegeeinrichtungen, bei der Freiwilligen Feuerwehr, im UKB, in den Arztpraxen, in den Kitas und Schulen, in den Kaufhallen, bei der Polizei, der BVG, der BSR ...!

Dazu gehört auch, dass die, bei denen wir uns heute bedanken, auch endlich einen gerechten Lohn bekommen müssen!

### Was gibt's sonst noch im Biesdorf-Extra?

**Extra 2:** Polizeidirektion Cecilienstraße / Neue Schulen für Biesdorf

**Extra 3:** TVO auf Straße und Schiene / Zukunft des Theaters am Park

**Extra 4:** Neue Kita in Biesdorf / Gemeinsam durch die Krise / Brücke Blumberger Damm

## Obwohl es 2020 kein Biesdorfer Blütenfest gibt, ...

... haben wir uns gedacht, unseren Leserinnen und Lesern dennoch ein Extra mit Schwerpunkt Biesdorf zu offerieren. Im vergangenen Jahr gab es diese vier Sonderseiten bereits, und dies sollte fortan regelmäßig geschehen. Nunmehr können Sie auch in dem sehr besonderen Jahr 2020, das so keiner vorhersah, im Mai eine „Marzahn-Hellersdorf links“ als Biesdorf-Spezial lesen.

Wir hoffen sehr, dass Sie daran Freude haben, dass Sie gesund sind und es auch bleiben werden.

Herausgeber und Redaktion von Marzahn-Hellersdorf links

## Nach Heizungs- und Stromausfall im Winter – wie ist es um unsere Polizeidirektion in der Cecilienstraße bestellt?

Kein erfreuliches Weihnachts- und Neujahrsfest erlebten die Kolleginnen und Kollegen der Polizeidirektion 62 in der Cecilienstraße in Biesdorf. Am 20. Dezember 2019 fiel die Heizungsanlage in dem Gebäude aus. Damit die Beamtinnen und Beamten nicht frieren mussten, wurden daraufhin Radiatoren besorgt, um die Zimmer zu wärmen. Die Folge war aufgrund des hohen Stromverbrauchs ein Stromausfall im Gebäude, sodass die Direktion für einen kurzen Zeitraum außer Dienst gestellt werden musste.

Leider ist dieser Zustand ein Ergebnis des Sanierungsstaus, der sich bei vielen Polizeigebäuden in Berlin zeigt. Rot-Rot-Grün arbeitet daran, die Zu-

ment GmbH) schätzt den Sanierungsbedarf für die gesamte Liegenschaft auf etwa 23 Millionen Euro. Dabei wurden von 2015 bis 2019 etwa 1,05 Millionen Euro für Instandsetzungs- und Erhaltungsarbeiten eingesetzt. Viel zu wenig, wie unsere Abgeordnete Regina Kittler findet. Wir fordern von der BIM einen klaren Sanierungsfahrplan für das Gebäude der Polizeidirektion und die Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Heizungsanlage, damit so etwas nicht noch einmal passiert. Diese Zustände sind indiskutabel für die Menschen, die sich täglich für unsere Sicherheit einsetzen.

Oft wurde in den vergangenen Jahren auch über Kfz-Diebstähle auf dem Gelände berichtet. Die sichergestellten Kfz sollen künftig in einer eigens



Gebäude der Polizeidirektion in der Cecilienstraße Foto: K. Ronneburg

stände in den Gebäuden zu verbessern. Schätzungen gehen davon aus, dass sich der Sanierungsstau derzeit insgesamt auf etwa 1,1 Milliarden Euro beziffern lässt.

Unsere Biesdorfer Abgeordnete Regina Kittler fragte den Senat umgehend nach den Ursachen des Heizungsausfalls und nach den Plänen zur Sanierung des Gebäudes. Laut Senat kam es aufgrund schwankender Druckverhältnisse zu Versorgungsausfällen in einzelnen Gebäuden. Die Prüfungen zu den Ursachen dauern an, jedoch konnte der Stromausfall durch eine beauftragte Firma zeitnah behoben werden. Die für das Gebäude zuständige BIM (Berliner Immobilienmanage-

dafür hergerichteten Halle untergebracht werden. Im dritten Quartal 2021 ist die Fertigstellung der neuen Sicherstellungshalle für Kfz geplant. Ebenso in Umsetzung befindet sich die Teilinstandsetzung der Trinkwasserleitungen. Die Fertigstellung ist für das zweite Quartal 2020 vorgesehen.

KRISTIAN RONNEBURG

Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**  
Anschritt der Redaktion:  
c/o DIE LINKE, Henny-Porten-Straße 10-12  
12627 Berlin, fon: 030 5412130  
Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de  
E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de  
Bearbeitungsschluss: 1. Mai 2020

## Neue Schulen für Biesdorf!

Mit der Berliner Schulbauoffensive hat Rot-Rot-Grün die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass das Land Berlin bis 2026 rund 5,5 Mrd. Euro in die Sanierung und den Neubau von Schulen steckt. Auch die Biesdorfer Schülerinnen und Schüler profitieren davon, denn der Stadtteil wächst wie der gesamte Bezirk Marzahn-Hellersdorf.

Diese Entwicklungen bekommen die Schülerinnen und Schüler der Fuchsberg-Grundschule bereits heute zu spüren. Schon zur Eröffnung des Neubaus am Habichtshorst war leider klar, dass die neu geschaffenen Plätze, gemessen am Bedarf, nicht ausreichen werden. Ein Umstand, auf den DIE LINKE im Bezirk in der vergangenen Legisla-



Grundstück in der Haltoner Straße für den Grundschul-Neubau Foto: E. Stephan

tur von 2011 bis 2016 immer wieder aufmerksam gemacht hat, für den sich aber die SPD und CDU zum damaligen Zeitpunkt nicht interessierten.

Nun steht fest, dass die Fuchsberg-Grundschule als temporäre Lösung neue Schulcontainer bekommen wird. Ziel von Bezirk und Senat ist es, die Container zum Schuljahr 2020/2021 am neuen Standort der Grundschule bereitzustellen. Derzeit wird davon ausgegangen, dass die Container im Juni 2020 aufgestellt werden können.

Da die Grundschulkapazitäten in Biesdorf weiterhin nicht ausreichen, ist der Bau einer neuen Grundschule notwendig. Diese soll am Standort Haltoner Straße entstehen. Die Grundschule wird in Amtshilfe durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen gebaut und soll mindestens dreißig sein. Sie wird also bis zu 450 Schülerinnen und Schüler aufnehmen können und außerdem über eine Sportaußenanlage und eine eigene neue Sporthalle verfügen.

Darüber hinaus ist auch die Errichtung einer sechszügigen Integrierten Sekundarschule (ISS) am Standort Garzauer Straße 30 geplant. Im Zuge des Neubaus der ISS ist auch die Errichtung einer Dreifeldsporthalle geplant. Errichtet werden soll der Bau durch die HOWOGE.

Schließlich wird in Biesdorf auch ein neues Oberstufenzentrum für Sozialberufe entstehen. Vorgehen ist dafür der Standort Alt-Biesdorf 30. Derzeit werden für den Neubau, der mit 55 Mio. Euro angemeldet worden ist, verschiedene Varianten geprüft. Das OSZ wird den Bildungsstandort Marzahn-Hellersdorf insgesamt stärken.

ERIK STEPHAN



### Für die Tangentialverbindung Ost (TVO) auf Straße und Schiene

Seit Jahrzehnten beschäftigt uns die Debatte um die Verwirklichung der Tangentialverbindung Ost (TVO). Die TVO soll das Biesdorfer Siedlungsgebiet vom Durchgangsverkehr entlasten und das Marzahner Gewerbegebiet mit dem Süden Berlins verbinden. DIE LINKE setzt sich gleichermaßen auch für die Realisierung der „Schienen-TVO“ (Nahverkehrstangente) und eines begleitenden Radschnellwegs ein. Rot-Rot-Grün hat die Realisierung der TVO im Koalitionsvertrag klar vereinbart. Im April 2018 informierten die Biesdorfer LINKE-Abgeordnete Regina Kittler gemeinsam mit Iris Spranger (SPD) und Stefan Ziller (Bündnis'90/Die Grünen) über die Entscheidung zur Trassenfindung für die TVO im Biesdorfer „Theater am Park“.

Seinerzeit erschien der Beginn des Planfeststellungsverfahrens ab 2020 möglich. Doch diesem Ziel, für das wir mit vielen Biesdorferinnen und Biesdorfern kämpfen, machte die Deutsche Bahn einen Strich durch die Rechnung. Wütend machte uns die Nachricht im Juni 2019, dass die DB Netz AG entgegen den ursprünglichen Absprachen mit dem Berliner Senat, die Vereinbarung vom 28. Juni



Die Köpenicker Straße in Biesdorf.

Foto: K. Ronneburg

2018 über die Planung und den Bau von vier Eisenbahnüberführungen (EÜ's) nicht umsetzen wollte. Andere Prioritäten seien dazwischengekommen. DIE LINKE, SPD und Grüne setzten sich daraufhin dafür ein, dass die Deutsche Bahn ihre Zusagen

einhält. Leider ohne Erfolg und auch ohne jegliche Unterstützung durch die CDU und den lokalen Abgeordneten Christian Gräff. Nach dem Absprung der Deutschen Bahn musste die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz die Ausschreibung der Planung der Ingenieurbauwerke bis zur Genehmigungsplanung selbst vornehmen. Dies führt zu einer Zeitverzögerung des Prozesses um etwa anderthalb Jahre. Die formelle Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens ist nun erst 2021 oder gar 2022 möglich. Das Planfeststellungsverfahren wird voraussichtlich mindestens 1,5 Jahre dauern und ein Baubeginn ist ca. sechs bis zwölf Monate nach Bestandskraft denkbar.

Derzeit wird seitens des Senats der Zuschlag und der Leistungsbeginn für die Planung und den Bau der vier Eisenbahnüberführungen im II. Quartal 2020 erwartet. Die Entwurfsplanung für die Straße wird bereits erstellt.

Wir werden weiter über den aktuellen Stand des Verfahrens berichten und zu einer öffentlichen Veranstaltung einladen, sobald dies wieder möglich ist.

KRISTIAN RONNEBURG

### Zukunft des „Theaters am Park“ - Bezirksamt muss endlich Klarheit schaffen

Das „Theater am Park“ braucht dringend eine Perspektive. Der große Saal muss ertüchtigt werden und auch an vielen anderen Stellen ist eine Sanierung geboten. Seit Langem versucht der Bezirk gemeinsam mit dem Trägerverein TaP e.V., die notwendigen finanziellen Mittel zu akquirieren und die Zukunft des Hauses auf langfristig sichere Füße zu stellen.

Hierzu wurde vor einiger Zeit ein neuer Anlauf gewagt. Der Bezirk hat finanzielle Mittel des Senats für die Sanierung und die Überführung des Gebäudes in das Fachvermögen der Wirtschaftsförderung für den Zeitraum der Sanierung beantragt und bewilligt bekommen. Federführend ist damit der Fachbereich Wirtschaft zuständig, denn die Senatsförderung ist für touristische Projekte gedacht. Insgesamt könnten Gelder in einer Höhe von bis zu 10 Millionen Euro zur Verfügung stehen, wenn der Bezirk hierzu bestimmte Hausaufgaben erledigt.

Durch gemeinsame Anfragen der LINKEN und SPD wurde in der Zwischenzeit deutlich, dass wesentliche Punkte des bisherigen Bezirksamts-Plans noch nicht umgesetzt sind. Um einen offiziellen Förderbescheid vom Senat zu erhalten, müsse das Bezirksamt zunächst eine Zielplanung für eine realistische Kostenschätzung der Sanierung und späteren inhaltlichen Nutzung des Hauses erarbeiten. Dies habe die Wirtschaftsförderung erst vor sich, berichtete die zuständige

CDU-Bezirksstadträtin Zivkovic in der Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf. Erst danach würde die Senatsverwaltung für Wirt-



Das „Theater am Park“ in Biesdorf harret einer sicheren Zukunft.

Foto: Y. Rami

schaft entscheiden, ob ein Förderbescheid für die erhofften 10 Millionen Euro erteilt wird. Weiterhin sei es bisher nicht gelungen, einen externen Dienstleister für die Sanierung zu finden. Das bezirkliche Bauamt hat von Anfang an deutlich gemacht, dass es neben den massiven Herausforderungen der Schulsanierungen und des

Marzahner Rathauses nicht in der Lage ist, noch zusätzlich die Sanierung des TaP zu übernehmen. Zusammengefasst lässt sich feststellen, dass der

bisherige Plan des Bezirksamtes für eine Zukunft des „Theaters am Park“ noch viele Fragezeichen aufweist. Die vom Senat zugesagten Mittel sind dadurch in Gefahr. Ohne eine klare Perspektive in der Bezirksverwaltung können diese Mittel, die ausschließlich für eine touristische Entwicklung vorgesehen sind, nicht genutzt werden.

DIE LINKE setzt sich daher gegenüber dem Bezirksamt dafür ein, schnellstmöglich unter Beteiligung der BVV einen gemeinsamen Plan für die Sicherung und Zukunft des TaP zu erarbeiten. Es bedarf einer gemeinsamen Kraftanstrengung des gesamten Bezirksamts und einer Prüfung aller Optionen.

Bei allen möglichen Lösungsansätzen muss der Bezirk sich dafür einsetzen, dass die bisherigen Nutzerinnen und Nutzer auch unter einer neuen Betreiberschaft verbleiben können.

Jetzt muss endlich Klarheit herrschen. Es reicht nicht mehr, nur Wunschträume zu formulieren, sondern es muss ein nachvollziehbarer Plan für die Zukunft des „Theaters am Park“ erarbeitet und umgesetzt werden.

BJOERN TIELEBEIN

„Wir wünschen allen Biesdorferinnen und Biesdorfern alles Gute in diesen schwierigen Zeiten. Wir sehen uns bestimmt nächstes Jahr wieder auf dem traditionellen Biesdorfer Blütenfest. Bleiben Sie gesund!“



**Petra Pau, Mitglied des Deutschen Bundestages für Marzahn-Hellersdorf und Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages**



**Dagmar Pohle, Bezirksbürgermeisterin von Marzahn-Hellersdorf**



**Juliane Witt, Bezirksstadträtin im Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf, und Kristian Ronneburg, Bezirksvorsitzender der LINKEN, Marzahn-Hellersdorf und Mitglied des Abgeordnetenhauses**

FOTOS: DIE LINKE, MARZAHN-HELLERSDORF

## Neue Kita entsteht in der Kohlweißlingstraße

In Marzahn-Hellersdorf geht der Kita-Ausbau weiter voran. Ziel der LINKEN ist es, für alle Kinder in Marzahn-Hellersdorf ausreichend Betreuungsplätze bereitzustellen. Dafür wird auch auf Landesebene das Programm zum Kitausbau fortgesetzt. 2020 und 2021 stehen dafür 57 Millionen Euro und weitere 10 Millionen Euro für Sanierungsmaßnahmen zur Verfügung.

Durch die Erweiterung vorhandener Einrichtungen und den Neubau konnten in den vergangenen Jahren viele neue Plätze geschaffen werden. Aktuell stehen im Bezirk Marzahn-Hellersdorf etwa 12.900 Plätze in 128 Kitas zur Verfügung. In Biesdorf sind es aktuell etwa 1.280 angebotene Plätze in 17 Kitas. Die Auslastung der Plätze ist sehr hoch. Umso erfreulicher ist es, dass in Biesdorf auch weitere Neubauten entstehen.

Der Kita-Träger IBEB gGmbH plant in der Kohlweißlingstraße 30 ein Neubauprojekt. Voraussichtlich im Oktober 2020 soll der Kita-Neubau



Auf diesem Grundstück in der Kohlweißlingstraße soll eine neue Kita entstehen. Foto: K. Ronneburg

fertiggestellt werden. Hierdurch werden mit Hilfe der Förderung in Höhe von drei Millionen Euro im Landesprogramm „Auf die Plätze, Kita, los!“ 120 neue Kita-Plätze entstehen.

KRISTIAN RONNEBURG

## Gemeinsam und solidarisch durch die Krise

Der Krise zum Trotz bieten viele unserer Restaurants einen Lieferservice oder eine Vor-Ort-Abholung an. Informationen gibt es telefonisch, im Internet oder einfach vorbeigehen. Meine Bitte: Wenn es Ihnen möglich ist, helfen Sie und bestellen bei Ihrem Restaurant um die Ecke, damit es auch morgen noch da ist!

REGINA KITTLER

### Biesdorf-Nord:

- Restaurant Herkules (030 54396797 oder [www.herkules1.de](http://www.herkules1.de))
- Ristorante Marco Polo Tre (030 55156393 oder [www.marcopolo-tre.de](http://www.marcopolo-tre.de))
- Restaurant zur kleinen Remise (030 4721620 oder [www.zur-kleinen-remise.de](http://www.zur-kleinen-remise.de))
- Restaurant Gelateria La Strada (030 5433203)

### Biesdorf-Süd

- Rossini II (030 54718560 oder [www.ristorante-rossini-berlin.de](http://www.ristorante-rossini-berlin.de))
- Rossini I (030 5144760 oder [www.ristorante-rossini-berlin.de](http://www.ristorante-rossini-berlin.de))
- Asia Haus III (030 5144733 oder [www.asia-haus-berlin.de](http://www.asia-haus-berlin.de))

### Friedrichsfelde-Ost

- Antica Pizzicheria (030 24354317 oder [www.antica-pizzicheria.de](http://www.antica-pizzicheria.de))  
Marzahn-Süd Helene-Weigel-Platz
- Restaurant Akropolis (030 54983822 oder [www.akropolis-berlin.de](http://www.akropolis-berlin.de))
- Lara Beach Restaurant (030 70036278)

## Ab 2021 wird die Südliche Blumberger-Damm-Brücke abgerissen und neu gebaut

Die Südliche Blumberger-Damm-Brücke ist eine wichtige Nord-Süd-Verbindung in unserem Bezirk. Sie bindet nicht nur viele Wohngebiete, sondern auch das Unfallkrankenhaus Berlin (UKB) an. Mittlerweile befindet sich die 1987 errichtete Brücke, über die sehr viele Schwerlasttransporte fahren, in einem kritischen Zustand. Diverse Schäden am Bauwerk und die äußerst kritische Situation hinsichtlich der Verkehrssicherheit für Fuß- und Radverkehr machen einen Ersatzneubau erforderlich.

Die Umsetzung der Maßnahme soll laut Senat in 5 Bauphasen durchgeführt werden. Dem Brückenbau geht die Verlagerung der Fernwärmeleitung, die sich im Zuge des südlichen Blumberger Damms befindet, voraus. Gerechnet wird mit einer Bauzeit von etwa vier Jahren für den Ersatzneubau. Vereinzelt werden auch Nacharbeiten erforderlich sein. Die 5 Bauphasen gehen jeweils einher mit der halbseitigen Sperrung einer Richtungsfahrbahn. In den ersten beiden Bauphasen findet der Brückenbau statt. Danach folgt in den Phasen 3 bis 5 der Straßenbau. Die Haltestellen „Schlosspark Biesdorf“ werden verlegt und der Wuhlgartenweg von Bauphase 1 bis 4 gesperrt. Es werden provisorische Ampeln am Frankenholzer Weg, der Altentrepptower Straße und am Spatenweg eingerichtet. Bis auf Bauphase 3 werden während der Bauzeit alle Fahrbeziehungen aufrechterhalten. Die 1. Bauphase wird auf der Ostseite voraussichtlich Anfang 2021 beginnen.

ERIK STEPHAN